Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1925

12.8.1925 (No. 184)

Visual Library

№ 184 Mittwoch, den 12. August 1925 168. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. V.: C. A. Seyfried Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, — Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Verfassungsfeier in der badischen Landeshauptstadt

Die Verfassungsfeier der badischen Regierung in der Festhalle zu Karlsruhe — die öffentlichen und viele private Gebäude hatten am Dienstag Flaggenschmuck angelegt — war in diesem Jahre eine **Abendfeier**. In hellem Lichterglanz erstrahlte der weite mit Fahnen reich geschmückte Raum, den die Tausende der Festteilnehmer dicht besetzt hielten. Erschienen waren die Spitzen der Reichs, Staats- und städtischen Behörden. Auf dem Podium hatte oberhalb der Musikkapelle das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Aufstellung genommen. Nach dem Huldigungsmarsch von Grieg, in seinem feierlich getragenen Rhythmus wirkungsvoll von der Kapelle der Badischen Polizeimusiker unter Leitung von Obermusikmeister Heisig gespielt, betrat

Staatspräsident Prof. Dr. Hellpach

das Rednerpult zu folgender Ansprache:

Bürger und Bürgerinnen der Landeshauptstadt Karlsruhe!

Wir haben uns hier versammelt, um den Geburtstag der Reichsverfassung von Weimar zu begehen; aber ehe ich an die Aufgabe herantrete, Ihnen den Sinn dieser feierlichen Stunde auszulegen und auszudeuten, erfülle ich die Pflicht, die jedes stolze, sich selbst regierende und sein Oberhaupt sich selbst setzende Volk in jeder solcher vaterländischen Feststunde freudig erfüllt, — ich grüße mit Ihnen allen das Oberhaupt des deutschen Reiches, den Herrn **Reichspräsidenten Paul von Hindenburg**, der heute in der Reichshauptstadt der großen Feier der Verfassung von Weimar beigewohnt hat. Und ich stehe nicht an, hinzuzufügen, daß auch wohl bei all denen, die am Tage seiner Wahl nicht in der Lage waren, ihm ihre Stimme zu geben, heute nur eine Stimme darüber ist, daß dieser an der Schwelle des Patriarchenalters stehende Deutsche noch einmal in diesem hohen Alter seines Lebens alles beiseite zu schieben vermochte, was an Empfindungen, Gewöhnungen und Anschauungen aus dem preußischen Konservatismus und Monarchismus ihm anerzogen war, und daß er ohne Ausweichen, ohne Deuteln und ohne die Farben des neuen deutschen Reiches zu verstecken, sich seit dem ersten Tage seiner Amtsführung an auf dem Boden der neuen Dinge und ihrer Verfassung gestellt hat.

Aber ich grüße mit Ihnen allen, meine Mitbürger, auch den verstorbenen **Reichspräsidenten Friedrich Ebert**, den Mann, dessen Hauptverdienst es ist, daß wir heute einen Verfassungstag zu Ehren der Verfassung von Weimar begehen können. Nicht als ob der erste Präsident des deutschen Reiches diese Verfassung allein geschaffen hätte; aber wir wollen einmal dem großen Beispiel, der großen Losung des größten deutschen Geschichtsschreibers im neuen deutschen Jahrhundert, der Losung Leopolds von Rankes folgen, indem wir zurückblickend feststellen, wie es in Wirklichkeit war in jenen trüben Spätherbsttagen des Jahres 1918, da das Schicksal aus dem Weltkrieg sich an uns erfüllte: Da hat Friedrich Ebert nicht etwa einen hochverräterischen Anschlag auf das Kaiserreich ausgeübt, sondern es war in Wirklichkeit so, daß das Unerhörteste geschehen war, was in einem germanischen König erlebt werden kann, daß der Träger der deutschen Kaiserwürde im kritischen Augenblick nicht an sein Volk und an sein Reich, sondern an sich selbst dachte und seine Person in Sicherheit brachte und gleichzeitig seiner Persönlichkeit die Anwartschaft auf den Thron des Reiches in bessere Zeiten sichern wollte.

Damals, als Deutschland, nachdem die letzte Karte der Heeresleitung vergebens ausgespielt war, in dem unseligen Waffenstillstandsangebot seinen militärischen Offenbarungseid geleistet hatte — ein Schritt, den, wir wollen ihnen das nie vergessen, Männer wie Prinz Max von Baden, Staatssekretär von Hintze, Walter Rathenau u. a. vergeblich zu beschwören und zu verhindern gesucht hatten, — damals geschah es, daß, um das Schlimmste, das Chaos, die Anarchie, das Schicksal Rußlands zu verhindern, der letzte kaiserliche Kanzler die Macht in die Hände Friedrich Eberts und der damals um ihn gruppierten Kreise legend, ihm die vollziehende Gewalt übergeben mußte. Von dieser Stunde an hat der verstorbene Reichspräsident Tag und Nacht und Stunde um Stunde gerungen um die Verwirklichung der echten Demokratie, zäh und unerschütterlich gerungen bis in den Januar 1919 hinein gegen alle die Widerstände, die sich ihm entgegenstellten, bis endlich die Einberufung der verfassunggebenden Nationalversammlung zu Weimar seine Absicht und die Absicht aller derer, die auf den wirklichen Volksstaat hinsteuerten, erreicht war, und bis die Widerstände derer gebrochen waren, die der Diktatur einer kleinen Minderheit das Schicksal Deutschlands ausliefern wollten. In dem monatelangen Arbeiten, unter dem furchtbaren Druck der Unterzeichnung des Friedensschlusses von Versailles ist dann

die Verfassung von Weimar

zustande gekommen. Am 31. Juli 1919 ist sie mit 262 gegen 75 Stimmen von der Nationalversammlung zu Weimar angenommen worden.

Und nun, meine Damen und Herren, ist es allerdings so, daß es wunderschön gewesen wäre, wenn am nächsten Tage schon diese Verfassung hätte unterzeichnet werden und in Kraft treten können, und wenn nicht das große bürokratische Aktengelände der sogenannten Ausfertigung diese Unterzeichnung und Inkrafttretung um fast 14 Tage verzögert hätte. Dann hätten wir heute einen gemeinsamen Verfassungstag mit der alten vorbildlichen Demokratie am Südufer des Oberrheins, mit dem Nachbarland der schweizerischen Eidgenossenschaft, den 1. August, und darin läge ein Sinnbild und zugleich ein Bekenntnis und eine Erkenntnis, nämlich die Erkenntnis und das Bekenntnis dazu, daß wir mit der Schöpfung der Reichsverfassung von Weimar und ihrem Inkrafttreten eingetreten sind in die große stolze Reihe

der germanischen Demokratien

auf der Erde, und daß damit überhaupt als mit dem letzten Gliede, das noch fehlte, sich die Reihe der germanischen Länder zu einer einzigen lückenlosen Reihe von demokratischen Staaten und Reichen geschlossen hat. Wenn die schweizerische Eidgenossenschaft die älteste und die am tiefsten verwurzelte der germanischen Demokratie darstellt, so sehen wir eine Tatsache, die vielleicht viel zu wenig beachtet wird, daß heute, nachdem auch im August 1919 Deutschland in diese Reihe eingetreten ist, alle germanischen Länder und Reiche der Erde Demokratien geworden sind, das britische Weltreich und seine schönen überseeischen Herrschaftsgebiete und Dominions, die vereinigten Staaten von Nordamerika, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, die Schweizerische Eidgenossenschaft und nun auch das deutsche Reich, während wir auf der anderen Seite die seltsame Tatsache zu verzeichnen haben, daß alte, stolze unter den lateinischen oder den europäischen Ländern sich in demselben Jahr von der Demokratie losgesagt und anderen Herrschaftssystemen, dem Faschismus (Italien), der Militärherrschaft (Spanien), sich zugewendet haben und daß bis auf den heutigen Tag in einem Teil der südamerikanischen Demokratien, der überseeischen lateinischen Demokratien noch die Wirren und das Ringen um die Herrschaft an Tagesordnung sind und bei weitem nicht jene Festigung der demokratischen Idee des Volksstaates eingetreten ist, wie in den großen und kleinen germanischen Staaten der Erde.

Wir werden auch mit Stolz sagen dürfen, daß das Deutsche Reich trotz der Geburtswehen und trotz mancher Kinderkrankheiten, trotz dieses und jenes gewaltsamen Versuchs gegen die neue Staatsform und ihre Träger, trotz Kapp-Putsch und Hitlerputsch und trotz Ermordung Erzbergers und Rathenaus in erstaunlich kurzer Zeit als das Reich der Verfassung von Weimar

als demokratische deutsche Republik

sich befestigt hat, und daß heute mit ganz geringen Ausnahmen einiger Wirrköpfe die ganze Nation, sie mag politisch stehen, wo sie will, doch der einen Überzeugung ist, daß auf Menschenalter hinaus diese Reichsverfassung von Weimar

das staatliche Fundament des deutschen Reiches

sein wird. — Wenn ich aber nun über das, was ich Ihnen noch zu sagen habe, gewissermaßen als Leitmotiv stellen möchte: Das deutsche Reich vom 11. August 1919, eine germanische Demokratie! — dann frage ich mich mit Ihnen: Ist es denn nur die Sprache, die die germanischen Völker und Staaten verbindet, die verwandte Sprache, die das Deutsche mit dem Englischen, mit dem Dänischen, mit dem Niederländischen, mit dem Schwedischen zu der Gruppe der Germanischen Sprachenfamilie enger zusammenbindet und stärker absetzt etwa gegen die slavischen oder gegen die romanischen Sprachen? Nein, es ist weit über die Sprache hinaus, wenn auch aufs engste mit der Sprachähnlichkeit zusammenhängend, die Art und Weise des Lebens, auch des Erlebens im öffentlichen Leben, auch des politischen Erlebens, die ganze Art des politischen Wollens und politischen Gestaltens, es sind die Formen der Haltung, der Einordnung, es ist die Art der Verbindung zu Freiheit, Ordnung und Macht, die in allen germanischen Völkern und Staaten eine ganz besondere Färbung gegenüber der anderer Völker der Erde aufweist.

Und wenn wir die Reichsverfassung von Weimar aufschlagen und — ohne jemanden von Ihnen zu nahe treten zu wollen, möchte ich fast befürchten, daß auch in diesem Saale, dieser und jener sein wird, der diese Arbeit noch nie vollzogen, die Verfassung von Weimar noch nie aufgeschlagen hat — wenn wir sie wirklich aufschlagen, finden wir gleich am Eingang, noch ehe ihre sachlichen Artikel beginnen, die sogenannte Präambel, einen feierlichen Vorspruch, der mit den Worten beginnt:

„Das Deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Forschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben."

In dem ersten Satz,

„das Deutsche Volk, einig in seinen Stämmen",

in diesen Worten „einig in seinen Stämmen", liegt gewissermaßen ein verhaltener Jubel und ein Triumph über die Überwindung einer großen Gefahr, der ungeheuersten Gefahr, der das germanische Wesen in der Geschichte und in der Welt seit jeher ausgesetzt war: Der Stämme-Zersplitterung und des Stämme-Zwistes. Denn überall haben es die germanischen Völker besonders schwer gehabt, zu großen geschlossenen Staaten emporzusteigen und sich durchzuringen, weil der Neid und der Zwist des Nachbars mit den Nachbarn, des Bruders mit dem Bruder, ein altes unseliges Erbteil der germanischen Völker gewesen ist, an dem manche von ihnen während der Völkerwanderung sich schon einmal verblutet haben, und andere unter ihnen und namentlich uns Deutsche durch die Jahrhunderte hindurch immer und immer wieder aufs Schwerste bedroht haben, und es ist allerdings eine Genugtuung in unserem Lande darüber, daß die furchtbare schwere Staatserschütterung und Volkskrisis, die von 18 auf 19 uns packte und durch die Jahre hindurch uns festhielt, daß diese entsetzlichen Wirren der Staatsumwälzung, der wirtschaftlichen Zerrüttung, der Inflations- und Separatismusepoche, daß die Qualen und Prüfungen der feindlichen Besatzung, daß all dieses es diesmal nicht vermocht hat, die deutschen Stämme auseinander zu treiben, sondern nur sie noch fester zusammenzuschließen. Und daß über alles dieses hinweg

das Reich uns geblieben ist,

damit ist in der wundervollsten Weise eine Prophezeiung und Befürchtung Bismarcks widerlegt worden, die er gegen Ende seines Lebens hin aufgezeichnet hatte an jener Stelle, wo er sagt: Wenn man sich einmal vorstelle, daß an einem Tage alle deutschen Dynastien, alle deutschen Fürstenhäuser in Deutschland mit einem Schlage beseitigt würden, dann stände zu befürchten, daß das Zentrifugale, die auseinanderstrebende Tendenz der deutschen Stämme übermächtigt werden würde, daß sie sich von einander wieder absondern würden, daß sie, ledig der Klammer ihrer Fürstenhäuser, den Stärkeren an der Ost- und Westgrenze zur Beute fallen würden. Dies aber ist nicht geschehen, sondern das Reich ist geblieben, und wir sahen, wir erlebten, daß das, was der Reichsschöpfer für innere unentbehrliche Klammern hielt, im Grunde genommen nur noch äußere Klammern waren, die entbehrt, die entfernt werden konnten, ohne daß der Organismus des Reiches Schaden litt, so wie man gewissermaßen aus einer verheilten Wunde die Nähte entfernen kann, ohne den Organismus noch zu gefährten. Hier in diesem Vorspruch der Reichsverfassung von Weimar begegnen wir also einem stolzen Bekenntnis dazu, daß der alte germanische Unsegen des Stammeszwistes, der Stammesuneinigkeit

von dem neuen Deutschland überwunden ist

und verworfen wird, und dabei soll es hoffentlich für alle Zeiten nunmehr bleiben! Aber wenn wir mit Verständnis in dieser Verfassung lesen, dann begegnen wir auch noch anderen charakteristischen Zügen der germanischen Staatsverfassung und des germanischen Staatslebens. Es hat einmal ein gelehrter Professor, der über die Reichsverfassung des Kaiserreichs, die Bismarcksche Reichsverfassung schrieb, gesagt: Diese Verfassung und dieses durch seine Verfassung geeinigte Reich zeigt ein unregelmäßiges Gesicht; es ist eben das Gesicht eines Genies. Aber wir können sagen, das unregelmäßige Gesicht und die unregelmäßige Physiognomie ist überhaupt das Kennzeichen der germanischen Staaten, die sich in ihrem öffentlichen Leben von den romanischen Ländern dadurch unterscheiden, daß in romanischen, in sogenannten lateinischen Ländern überall, auch im Staatsleben, das Bedürfnis nach großer einheitlicher Klarheit, auf einer Linie, auf einen Prinzip alles aufzubauen hervortritt, daß dagegen im Leben der germanischen Völker und Staaten diese einzige Linie fast nirgends erkennbar ist, sondern daß, wie man sagt, das Imponderabile, das Unfaßbare, im Druck gar nicht festlegbare Dinge eine entscheidende Rolle im Staatsleben aller germanischen Völker spielen.

Wir müssen uns erinnern, daß es

in dem großen englischen Weltreiche

ein geschriebenes Recht in unserem Sinne nicht gibt, sondern daß sein ganzes Rechtsleben in jedem Augenblick sich aus seinem Rechtsbewußtsein erzeugt und ordnet; wir müssen uns vergegenwärtigen, daß die nach unseren Begriffen überhaupt wichtigste Einrichtung des englischen Reiches — das regierende englische Kabinett mit seinem Premierminister an der Spitze — in derjenigen Form, in der es regiert, überhaupt nicht in seiner Verfassung steht, sondern daß es lediglich auf geschichtlicher Überlieferung und auf Gewohnheit beruht. Wir sehen solche „unregelmäßige" Züge, wir sehen solche Unregelmäßigkeiten und Vielgestaltigkeit in den alten großen Demokratien der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Nordamerikanischen Union — und nunmehr finden wir sie auch wieder in dieser deutschen Reichsverfassung von Weimar.

Als zu Weimar die Nationalversammlung zusammentrat, da erschien es den Männern, die dort an die Schöpfung der neuen Verfassung gingen, eigentlich fast als eine Selbstverständlichkeit, daß nunmehr nach dem Beispiel der beiden westlichen Nachbarn (Frankreichs und Englands) auch in der deutschen Demokratie die Parlamentsherrschaft aufgerichtet werden müsse, weil man damals einen andern Weg überhaupt gar nicht sah. Aber gerade aus dem spezifisch deutschen Fühlen heraus kam dann bei der Arbeit an der Reichsverfassung schließlich etwas ganz anderes zustande, das sich in geradezu überraschender Weise vielmehr dem Vorbilde der Schweizerischen Eidgenossenschaft und den Vereinigten Staaten von Nordamerika nähert; denn mit ungeheuer weittragenden Vollmachten ist dem Parlamente unseres Staatswesens in der Verfassung des deutschen Reiches einmal das Volk und dann der Präsident des Reiches gegenübergestellt. — Es ist ihm gegenüber gestellt

der Präsident des Reiches.

Der Präsident der nicht vom Parlamente, sondern vom Volke gewählt wird, der das Recht hat, das Parlament einzuberufen und aufzulösen; dem das Recht gegeben ist, im Volksentscheid sogar gegen das Parlament die Stimme des Volkes anzurufen. Und dann ist dem Parlamente das Volk gegenübergestellt:

Das Volk,

das das Recht hat, über sein Parlament hinweg und selbst gegen sein Parlament das Volksbegehren auszusprechen und damit die allgemeine Volksabstimmung herbeizuführen; eben das Volk, das das Recht hat, unabhängig vom Parlamente sich selbst sein Oberhaupt, der Reichspräsident zu erwählen.

Gerade in denjenigen Artikeln der Verfassung des neuen deutschen Reiches, die von all diesen Dingen handeln — in den Artikeln 24, 25, 41, 44 bis 49, 53 und 73 der Weimarischen Verfassung — tritt so recht deutlich zutage, wie in den Männern, die im Jahre 1919 die neue Verfassung geschaffen haben, das urgermanische Empfinden zum Durchbruch kam, daß der Staat nicht auf ein einziges Prinzip gestellt werden könne, sondern daß er ausbalanciert werden, daß er einen Ausgleich darstellen müsse zwischen all den verschiedenen lebendigen Kräften, die in diesem Staate vorhanden sind, daß diese Kräfte immer wieder miteinander ringen

müssen, um den Staat in seiner Wirklichkeit und Lebendigkeit zu erhalten, ihn zur Blüte, Größe und Macht zu führen.

Dann sehen wir noch aus einer anderen Gruppe von Bestimmungen und hier namentlich aus dem Artikel 165 — dem wortreichsten Artikel unserer ganzen Weimarischen Verfassung — etwas hervorquellen, was unmittelbar aus den Tiefen des germanischen Wesens quillt. Denn in allen germanischen Ländern und Reichen finden wir, daß neben den politischen Einrichtungen und neben den politischen Instanzen sich mit außerordentlich starkem Einfluß

unpolitische Mächte und Gruppen

im öffentlichen Leben sich bemerkbar machen, namentlich solche, die aus dem Beruf oder aus der Religion herkommen. So sehen wir in allen germanischen Reichen schon in alter Zeit die Gilden, Zünfte und Innungen und wie diese Bildungen alle heißen mögen, eine bestimmte Rolle spielen; aber auch innerhalb der letzten Jahrzehnte wieder sehen wir in germanischen Ländern, wie diese alten Tendenzen in neuen Formen zur Tatsache werden; auch bei uns im deutschen Reiche sehen wir jene großen Berufsverbände, ob sie nun Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, ob sie werktätig oder geistig Arbeitende, ob sie Mittelstandsvereinigungen oder wie sonst sie heißen mögen — und wir sehen sie alle mit geschlossener, stark und fast jugendlicher anmutender Kraft ins öffentliche Leben hineintreten, um dort ihr Wort mitzureden und ihre Forderungen mit in die Wagschale zu werfen. Innerhalb der letzten Jahre hatte man ja manchmal die Empfindung, als ob bei dieser oder jener hochwichtigen Entscheidung nicht das Parlament und nicht die Regierung, sondern

die Macht der großen Berufsverbände

das entscheidende Wort gesprochen habe. So sehen wir ja auch im öffentlichen Leben der Vereinigten Staaten von Nordamerika die religiösen Sekten, die „Denominations" in einer großen Reihe von Einzelstaaten namentlich des Südens, dann aber auch der Mitte und des Westens fast ausschlaggebend das öffentliche Leben bestimmen: Wir beobachten, daß wohl Verfassung und Gesetzgebung da sind und arbeiten; wir sehen, wie allerdings die einzelnen Parlamente es sind, die die Gesetze geben — wie sie aber diese Gesetze zum Teil geradezu geben **müssen** unter dem stärksten moralischen Zwang und unter dem bestimmenden Druck dieser großen religiösen Verbände. Erst heute nachmittag, auf der Herfahrt von Freiburg nach der Landeshauptstadt sprach ich mit einem Professor der Germanistik von der Kolumbia-Universität, der der Verfassungsfeier zu Freiburg beigewohnt hatte; er sagte mir — was gerade in diesem Zusammenhang außerordenlich interessant ist —, daß die ganze Entwicklung der Prohibition, der Frage der Alkoholverbote in den Vereinigten Staaten von deutschen Einrichtungen aus eigentlich überhaupt nicht zu verstehen sei; er führt aus, daß, wenn man rein mechanisch vor etwa zehn Jahren eine Abstimmung in dieser Frage herbeigeführt hätte, damals sich vielleicht nur etwa ein Fünftel der ganzen amerikanischen Bevölkerung für die Abschaffung des Alkohols ausgesprochen hätte, daß aber in der Zwischenzeit die Macht jener religiösen Gruppen vor allem des Südens, dann aber auch der Mitte und des Westens sich als dermaßen stark uns unüberwindlich erwies, daß sie nunmehr erzwungen hat, was auf rein politischem Boden nicht hätte geschehen können.

Im Augenblick ist es nicht unsere Aufgabe, zu untersuchen, ob ein derartiger Zustand und ob das Walten solcher Kräfte, insbesondere in jedem einzelnen Falle nützlich oder weniger nützlich, ob es wertvoll oder weniger wertvoll ist: Jedenfalls aber begegnen uns überall in demokratischen Staaten diese, wie man sagt: irrationalen, diese mit dem einfachen Verstande nicht faßbaren, aber dennoch nun einmal vorhandenen, zur Oberfläche drängenden und sich auswirkenden Kräfte. Ein bedeutungsvoller Weitblick jener Schöpfer der Verfassung von Weimar zeigt sich darin, daß sie in dem schon erwähnten Artikel 165 nach der Welt dieser Kräfte hin das Tor offen gehalten und Vorsorge dafür getroffen haben, daß für den einstigen Einbau dieser Kräfte in die Demokr tie wenigstens einmal die Grundlinien gezogen worden sind. Denn darüber dürfen wir uns nicht täuschen, daß es eines Tages notwendig und unerläßlich werden wird,

diese Kräfte in den Staat hineinzubauen,

wenn vermieden werden soll, daß sie sonst den Staat von innen heraus unterwühlen und unterhöhlen und schließlich schweren Gefahren entgegenführen.

Und dann ist es ein Zug aller germanischen Demokratien, — blicken Sie auf die Schweiz, auf das großbritannische Weltreich, auf die vereinigten Staaten von Nordamerika —, über das Nationale hinauszuwachsen zu einer großen übernationalen Mission; die beiden angelsächsischen Weltreiche haben diese Missionen ja am stärksten erfüllt — aber auch von der kleinen Schweiz wird sie in einer für unser Europa vielleicht unentbehrlichen Weise geübt, indem diese jahrhundertalte Demokratie sozusagen zu einem Europa im Kleinen, zu einem Festland im Kleinen und zu einer Zusammenfassung der drei großen Kulturelemente jener europäisch-festländischen Nationen (der deutschen, französischen und italienischen) geworden ist, die bisher in seiner Geschichte wirksam gewesen sind.

Und wenn wir uns nun die Frage vorlegen, ob denn auch die jüngste der germanischen Demokratien, ob denn auch die **deutsche** Demokratie in sich den Drang fühlt und vielleicht die Sendung hat, und über ihren Nationalstaat hinaus, eines Tages hinauszuwachsen

zu einer großen übernationalen Aufgabe,

dann finden wir allerdings auch hierfür in einem Artikel unserer Weimarer Verfassung, im Artikel 113, eine, wenngleich nur bescheidene Andeutung; es ist jener Artikel, in dem gefordert wird, daß

> „die fremdsprachigen Volksteile des Reiches durch die Gesetzgebung und Verwaltung nicht in ihrer freien volkstümlichen Entwicklung, besonders nicht im Gebrauch ihrer Muttersprache beim Unterricht, sowie bei der inneren Verwaltung und der Rechtspflege beeinträchtigt werden dürfen."

Aber wir wissen ja heute alle, — und nicht einer von uns kann auch nur einen Augenblick daran zweifeln —, daß dieser alte Erdteil Europa, der einstens der Weltherrschaft sich so sehr sicher dünkte, nunmehr sich in einer furchtbaren, in einer geradezu katastrophalen Lage der Zerrissenheit befindet und daß ihm die Gefahr droht, durch andere große Zusammenballungen von Weltmächten, schließlich zerdrückt zu werden; wir wissen, daß es hier keinen anderen realpolitischen Ausweg gegenüber diesem Schicksal gibt, als den durchaus nicht als phantastisch zu verwerfenden Gedanken,

sich zusammenzufinden!

Mag es in dieser oder jener Form geschehen: mag man die Form einer Europäischen Union oder mag man die Form der Vereinigten Staaten von Europa wählend, mag die Idee in der Gestalt eines Pan-Europa zur Verwirklichung gelangen, möge Name und Form, die eines Tages gefunden werden müssen, sein, welche immer sie wollen —: das große Reich, das in der Mitte von Europa liegt und trotz aller Zerstörung seine letzten schweren Niederlagen und Erschütterungen überdauern wird, wird bei dieser Zusammenfassung ohne Zweifel, schon aus der Natur seiner geographischen Lage heraus dazu gedrängt, eine führende Rolle zu spielen und führenden Einfluß zu übernehmen haben.

Aber in dem Augenblick, wo wir uns dessen erinnern, tritt vor uns die Tatsache hin, daß wir immer noch nichts weiter sind als

das Bruchstück eines Reiches

und daß gerade **ein** Artikel der Verfassung von Weimar immer noch unerfüllt ist, nämlich der Artikel 61, der da vorsieht:

> „Deutschösterreich erhält nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich das Recht der Teilnahme am Reichsrat mit der seiner Bevölkerung entsprechenden Stimmenzahl. Bis dahin haben die Vertreter Deutschösterreichs beratende Stimme."

In Anknüpfung an diesen Artikel lassen Sie mich ein Wort für die Gegenwart und doch auch für die Zukunft sprechen!

Zwei ganz große Momente

gibt es, wegen deren es unmöglich ist, daß dieser Artikel 61 der Weimarer Verfassung ewig nichts weiter als eine Verheißung bleiben und daß ihm niemals Erfüllung werden soll.

Einmal ist es nämlich für die moralische Würde der Deutschen, für die innere und äußere Größe dieser Nation unerträglich, daß sie es aushalten könnte, wie — als Ergebnis des Weltkrieges — neben ihr kleine und kleinste Völker das nationale Selbstbestimmungsrecht empfangen und damals, als das alte Österreich-Ungarn zerschlagen wurde, sich zu geschlossenen Nationalstaaten verselbständigt haben: daß aber im Gegensatz zu ihnen dem deutschen Volke das Schicksal der nationalen Einigung in einem großen deutschen Reiche für immer abgesprochen bleiben soll.

Und dann das Zweite dieser großen Momente, das vielleicht noch wichtiger ist; realpolitisch ist es unmöglich und unerträglich, daß dieser Zustand fortdauere — allein schon deshalb, weil aller Voraussicht und aller politischen und menschlichen Berechnung nach der Zusammenschluß Deutschland und Deutschösterreich zu einem großen mitteleuropäischen Nationalstaat die Voraussetzung sein wird für die Einigung Europas. Denn über eine Tatsache ist doch keine Täuschung möglich: Jenes Gebilde, das von den „Siegern" durch den Frieden von Saint Germain geschaffen wurde, ist ein lebensunfähiges Gebilde, dessen Lebensunfähigkeit jeden Tag sich deutlicher erweist und mit jedem Tag noch zunimmt. Darnach gibt es nicht die Frage, ob Anschluß oder Nichtanschluß; es gibt für dieses Gebilde nur die Frage: Anschluß — aber wohin? Ein Anschluß kann ja doch nur in zweierlei Gestalt erfolgen. Ein Zusammenschluß mit den umliegenden, slavischen kleineren Nachbarstaaten, an den gedacht werden könnte, würde nichts anderes ergeben, als ein Gebilde ähnlich der alten österreich-ungarischen Staatsmacht. Die zweite sich bietende Möglichkeit besteht in der Möglichkeit eines

Anschlusses von Deutschösterreich an das Deutsche Reich,

des Eintrittes in das Deutsche Reich — und damit der Verwirklichung des Gedankens vom großdeutschen Staate.

Wenn wir die erste der von mir erwähnten Möglichkeiten ins Auge fassen, dann drängt sich uns sofort die Erkenntnis auf, daß ja jenes alte Österreich-Ungarn gerade aus der Buntheit seiner Nationalitäten heraus so lebensunfähig geworden war, daß mit in erster Linie an den daraus sich ergebenden Problemen sich der Weltkrieg entzündet hat, daß überhaupt ein großer Teil der Wirren, die Europa im neunzehnten Jahrhundert heimgesucht haben, nicht bloß aus dem Boden dieses Österreich erwuchsen, sondern gerade um dieses Österreich gingen und daß wahrscheinlich das schwere Geschick der Entscheidung im Weltkrieg im Tiefsten und Innersten eine notwendige Schicksalsentscheidung war, die jenes österreichische Gebildes zerschlagen hat. Mit seiner Wiederaufrichtung in irgend einer festeren oder loseren Form würden wohl alle jene Wirren und Verwicklungen wiederkehren und alle jene Schwierigkeiten und Drangsale sich neu entzünden, die dieses Gebilde betroffen hatten — und wahrscheinlich würden sie in ihrer Auswirkung zuerst jene vernichten, die heute am lebhaftesten vor dem Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland bangen und diesem Anschluß am entschiedensten zu wehren suchen, die slavischen Kleinstaaten.

Wir aber sind dessen gewiß — und gerade in dieser Feierstunde wollen wir es tief uns einprägen, daß es ein wahres Wort ist, was einer unserer stärksten, klügsten und erfolgreichsten Gegner, der Schöpfer und Lenker des tschechoslowakischen Staates, Thomas Masarük, in seinen Lebenserinnerungen niederschrieb: Es ist ein großer Irrtum, zu glauben, in der Geschichte müssen sich immer diejenigen Dinge verwirklichen, von denen man immer nur behauptet und in die Welt hinausruft, daß sie verwirklicht werden müssen! — und im Anschluß an diesen Gedanken setzt er dann auseinander, wie es lediglich die stille, ruhige und zum Teil verschwiegene

politische Kleinarbeit

ist, die Staate und Staatsgebilde schaffen kann, wie wenig alle noch so schönen „Entschließungen", alle noch so aufrichtigen und wohlmeinenden Beteuerungen auf die Dauer helfen können, wenn nicht diese Kleinarbeit ihnen zur Seite steht und schließlich ihnen gegenüber in den Vordergrund tritt. Hieran fehlte es noch bisher; solche Kleinarbeit für die großdeutsche Sache muß künftig viel mehr als bisher geleistet werden. Es hilft nicht allein — vielleicht hilft es überhaupt auch gar nichts, — wenn wir nur immer und immer wieder in die Welt hinausrufen: Wir lassen uns den Zusammenschluß mit Deutschösterreich nicht verwehren, sondern es muß vielmehr auf allen Gebieten

dieser Zusammenschluß vorbereitet

und auf allen Gebieten muß er verwirklicht werden: auf dem Gebiete der Verwaltung, der Wissenschaft, des Rechts und der Kunst — und dann natürlich auch auf dem Gebiete der Politik — der inneren wie der äußeren. Auf allen diesen Gebieten muß Schritt für Schritt darauf hingearbeitet und mit daran gebaut werden, daß eines Tages das großdeutsche Reich erstehe und damit eine der schönsten Verheißungen der Reichsverfassung von Weimar, eben die Verheißung des Artikel 61 zur Erfüllung gelange.

Im Ausblick aber auf diese Zukunft Deutschlands — eine Zukunft von Blüte, von Geltung, von Größe und von Macht, eine Zukunft, an die wir glauben und für die wir alle arbeiten — wollen wir uns in den Feierstunden der Verfassungstage Jahr für Jahr das eine geloben: Nicht beim bloßen sehnsuchtsvollen Ausblick wir es bewenden lassen, sondern wir wollen, ein jeder Volksgenosse, Mann oder Frau, Junger oder Alter, Tag für Tag und Stunde für Stunde, das größte Vermächtnis von Weimar —

den Gedanken der Demokratie, des sich selbstbestimmenden Volksstaates,

der Anteilnahme jedes einzelnen an den großen Geschicken der Nation und der Verantwortung jedes einzelnen für diese Geschicke — nicht nur tief in Herz und Gemüt uns einprägen, sondern dafür kleinste und größte Arbeitskraft einsetzen dafür, Kleinarbeit und Großarbeit leisten, in hingebender Pflichterfüllung in den Stunden des grauen Alltags wie überhaupt in allen Lebensoffenbarungen des Friedens, aber auch, wenn es sein muß, in den großen, schweren Kriegs- und Schicksalsstunden, wie sie immer wieder einmal über jedes Volk und Reich kommen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, sich mit mir zu vereinigen in dem Rufe:

> Unser geliebtes deutsches Vaterland, die am 11. August 1919 geschaffene demokratische Republik Deutschland — die einst zu einem freien Volksstaate und zu einem großdeutschen Reiche inmitten Europas werden möge — sie lebe hoch!

Die Anwesenden hatten sich erhoben und stimmten begeistert in das Hoch auf das deutsche Vaterland ein. Im Anschluß daran wurde das **Deutschlandlied** gesungen, womit die Feier ihr Ende fand.

Das von der Stadtverwaltung veranstaltete **Fest im illuminierten Stadtgarten,** das Massenbesuch hatte, litt leider unter dem einsetzenden leichten Regen. Doch konnte die bengalische Seebeleuchtung durchgeführt werden.

Die Verfassungsfeier im Reichstag

In dem mit Blumen- und Tannengewinden reich geschmückten Sitzungssaal des Reichstages hatten sich am Dienstag zur Verfassungsfeier die Reichsminister, die Vertreter der Länder und die Abgeordneten versammelt, die auch sehr zahlreich ihre Damen mitbrachten. Der **Reichspräsident,** der gegen 12 Uhr erschien, wurde von der Festversammlung durch Erheben von den Sitzen begrüßt. Das Berliner Philharmonische Orchester leitete die Feier durch den ersten Satz der Brahmsschen ersten Symphonie ein.

Dann ergriff Professor Dr. Hermann **Platz**-Bonn das Wort zu seiner Festrede, in der er u. a. sagte: An dem heutigen Festtage sollten auch alle die teilnehmen, die in der Abschließung verharren und in der Zerstreuung verweilen möchten. Die Weimarer Verfassung ist ein echtes deutsches Erzeugnis und in ihr ist der Glaube an die Möglichkeit des Besseren und die gesunde Kraft unseres Volkes niedergelegt. **Unsere** Zukunft kann aus zwei Quellen stets neue Kräfte schöpfen, der deutschen Jugend und dem deutschen Rhein, der Deutschlands Strom, nicht aber Deutschlands Grenze ist. Die Verfassung sucht den Bürger aus seiner politischen Passivität zu reißen und ihn zum politischen Führertum heranzubilden. In der politischen und sozialen Lebensgemeinschaft des Staates hat jede ehrliche Arbeit ihre Stelle und ihren Wert. Möge der Wille, dem ganzen zu dienen, im Rahmen unserer Verfassung neu geweckt werden und uns das freie machtvolle Morgen im Sinne des Friedens und des Rechts schaffen. Wenn wir dann der Welt nicht vorenthalten, was sie von uns erwarten darf, dann dürfen wir von der Welt fordern, daß sie uns gibt, was unser ewiges Recht ist.

Darauf ergriff **Reichskanzler Dr. Luther** das Wort zu einer kurzen Ansprache, in der er u. a. sagte: Alle unsere Arbeit gilt und muß gelten dem deutschen Volk und dem Vaterland. Dem deutschen Volk, das vielleicht in der Zukunft noch sehr große Aufgaben zumal der Außenpolitik zu lösen haben wird, möge auch in Zukunft jeder Einzelne seine beste Kraft zur Verfügung stellen. Lebendig bleiben muß in uns der Geist der **Einigkeit und des Zusammenhaltens.** Am heutigen Verfassungstage wollen wir alle geloben, an **Deutschlands Zukunft zu glauben.** Als Reichskanzler habe ich die Ehre, Sie, Herr Reichspräsident, und Sie, meine Damen und Herren, zu bitten, mit mir einzustimmen in den Ruf: „Das deutsche Volk, das in der Republik geeinte deutsche Volk, es lebe hoch!"

Die Versammelten stimmten dreimal in das Hoch ein und sangen dann stehend die erste und dritte Strophe des Deutschlandliedes.

Beim Abschreiten der vor dem Reichstage aufgestellten Ehrenkompagnie wurden der **Reichspräsident** und sein Gefolge von den zahlreich erschienenen Zuschauern mit lebhaften Hochrufen begrüßt. Darauf begab sich der Reichspräsident in sein Palais zurück. Um 1,20 Uhr war die Feier beendet.

*

Im Anschluß fand beim **Reichspräsident ein Frühstück** statt, an dem der Reichskanzler, die Reichsminister, der Präsident und die Vizepräsidenten des Reichstages, Vertreter des Reichsrates der preußischen Regierung, die Vorsitzenden der Fraktionen des Reichstages mit Ausnahme der kommunistischen und völkischen, die Führer und unmittelbaren Vorgesetzten der Ehrenkompagnie, der Festredner Prof. Dr. Platz, der Dirigent Prof. Prewer u. a. teilnahmen.

Deutscher Reichstag

Zweite und dritte Lesung der Zollvorlage

Der Reichstag hat am Montag in später Nachtstunde die **zweite Lesung der Zollvorlage** beendet. Die Vormittagssitzung war zum größten Teil mit Obstruktionsversuchen der Kommunisten ausgefüllt, die mit der Entfernung kommunistischer Abgeordneten aus dem Saale endeten. Es kam später zu ausgiebigen Debatten, worauf alle Anträge der Opposition abgelehnt wurden. Die Sozialdemokraten und Kommunisten verließen den Sitzungssaal. Die Demokraten blieben zwar im Saal, nahmen aber an der Abstimmung nicht teil, nachdem die Regierungsparteien einen Antrag durchgebracht hatten, worin über alle Anträge der Opposition zur Geschäftsordnung übergegangen und die ersten sieben Paragraphen des Gesetzes samt dem Zolltarif mit der Billigung des § 1 als angenommen galten. Die **dritte Lesung** der Zollvorlage, an der sich Sozialdemokraten und Kommunisten beteiligten, fand heute statt.

Der **Ältestenrat des Reichstages** beschäftigte sich, wie aus **Berlin** gedrahtet wird, am heutigen Mittwoch mit der Geschäftslage, da die **Vertagung des Reichstages** je nach dem Verlauf der Debatte für heute oder morgen zu erwarten ist. Als voraussichtlicher Termin des **Wiederzusammentritts** des Reichstages wurde der **19. November** in Aussicht genommen.

WTB. **Berlin,** 10. August.

Über den Beginn der Sitzung und die **Obstruktion** der **Kommunisten** und die darauf folgenden Ausschließungen von Abgeordneten wurde schon berichtet. Mehrere Abgeordnete wurden von der Polizei aus dem Saal genötigt und die Sitzung mußte mehrmals unterbrochen werden.

In der Debatte zur

zweiten Lesung der Zollvorlage

führte Abg. von **Richthofen** (D.) aus: Im Interesse der Landwirtschaft liege eine Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel. Das Gegenteil werde erreicht durch die in der Zollvorlage enhaltenen Futtermittelzölle. Auch in ihren übrigen Teilen sei die Zollvorlage unannehmbar.

Abg. von **Graefe** (Völk.) wendet sich in scharfen Worten gegen die Deutsche Tageszeitung.

Abg. Frau **Wurm** (S.) bekämpft die Agrarzölle der Vorlage, deren Wirkung nicht Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion sei, sondern die den Schutz der technisch zurückgebliebenen Betriebe bezwecke.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Abg. **Quendiel** (K) bezeichnet die jetzige Regierung und ihre Regierungsmehrheit als ein Instrument des Kapitals zur Niederhaltung der Arbeiterschaft.

Abg. **Wiessell** (S.) bekämpft die Industriezölle der Vorlage.

Abg. Dr. **Meyer**-Berlin (D.) sieht in den Industriezöllen der Vorlage eine schwere Schädigung der Fertigindustrie, der mittleren Landwirtschaft, des Einfuhrhandels und des deutschen Handwerks.

Abg. Frau Dr. **Bäumer** (D.) bezeichnete die Begründung der Zollpositionen als ganz unzulässig.

Abg. **Lenners** (D.) wendet sich vor allem gegen die Zölle auf Rohstoffe für die Fertigwarenindustrie. Mit den Eisenzöllen habe die Schwerindurstrie einen Sieg über die für Deutschland besonders wichtigen verarbeitenden Industrien errungen und damit die deutsche Gesamtwirtschaft schwer geschädigt.

Abg. Frau **Weber**-Berlin (Z.) betont, man dürfe den Zolltarif nicht allein vom Konsumentenstandpunkt betrachten, sondern müsse die Interessen der Gesamtwirtschaft im Auge behalten.

Abg. **Krätzig** (S.) beschäftigt sich mit den Textilzöllen. Die Zollvorlage erschwere den notwendigen Export deutscher Textilwaren dadurch, daß die Einfuhr notwendiger Rohstoffe unerhört verteuert werde.

Abg. **Dißmann** (S.) bekämpft die Eisenzölle, die nach dem Diktat des deutsch-französischen Kartells der Schwerindustrie von der Regierung aufgenommen worden seien. Eine allgemeine Verteuerung der gesamten deutschen Produktion werde die unvermeidliche Folge sein.

Abg. **Keßler** (K.) wendet sich gegen die Automobilzölle.

Abg. **Bartschat** (D.) führt aus: Das Handwerk werde auf das Schwerste geschädigt durch die Verteuerung der notwendigen Rohstoffe im Zolltarif.

Dann wendet sich das Haus der Besprechung der

Übergangsvorschriften des Ermächtigungsparagraphen und den sozialen Bestimmungen der Vorlage

zu.

Abg. Frau **Sender** (S.) wirft den Regierungsparteien vor, daß sie bei ihrer Steuerpolik 80 Prozent der Lasten auf die arbeitenden Massen abwälzen, und bei der Zollpolitik denselben Weg verfolgen.

Abg. **Breitscheid** (S.) hebt hervor, daß es unmöglich gewesen sei, in der knappen von der Mehrheit bewilligten Zeit das Zollgesetz entsprechend seiner Wichtigkeit gründlich zu beraten. Maßgebend sei der Wille der Mehrheit gewesen zu diktieren. Zur Herabsetzung der Zölle bedürfe es keiner Ermächtigung, denn es handele sich ja um autonome Zölle, die im Bedarfsfalle ohne weiteres herabgesetzt werden können.

Abg. **Meyer**-Berlin (D.) teilt die rechtlichen Bedenken gegen den Ermächtigungsparagraphen und lehnt ihn ab. Auch wirtschaftlich beständen ernste Einwendungen gegen diese Ermächtigung, die letzten Endes nichts anderes als die Einführung von Bereitschaftszöllen bedeute, obwohl die Rechtsparteien die Bereitschafszölle abgelehnt hätten. Der Redner begründet einen **demokratischen Antrag**, der die Gültigkeit der Vorlage auf ein Jahr bis zum 31. Juli 1926 beschränken will, während die Vorlage eine Gültigkeit bis zum 31. Juli 1927 vorsieht.

Abg. **Rosenberg** (K.) lehnt gleichfalls den Ermächtigungsparagraphen ab.

Abg. **Hörnle** (K.) lehnt insbesondere die beabsichtigte Erschwerung des Gefrierfleischkonsums ab.

Abg. **Nadel** (K.) bezeichnet die Formulierung des Wohlfahrtsparagraphen als bewußtes Täuschungsmanöver.

Damit ist die Aussprache abgeschlossen.

Präsident **Loebe** macht unter lebhaften Entrüstungskundgebungen der Linken Mitteilung von **zwei Anträgen der Regierungsparteien.** Der erste verlangt den Übergang zur Tagesordnung über sämtliche Änderungsanträge zu den Paragraphen 1 bis 7 der Vorlage. Der zweite Antrag will diese gesamte Zolltarifvorlage in einer Abstimmung annehmen lassen. Präsident Loebe erklärt dazu unter Verlesung der entsprechenden Bestimmungen der Geschäftsordnung, er habe immer die Geschäftsordnungsbestimmungen so ausgelegt, daß unmöglich ein ganzer Gesetzentwurf in einer einzigen Abstimmung entschieden werden könne. Ein Streit über die Auslegung werde aber heute durch eine juristische Rechtsbelehrung wahrscheinlich nicht entschieden werden und es werde wohl zum Mehrheitsbeschluß kommen.

Abg. **Leicht** (BVP.) legt die Geschäftsordnungsbestimmungen dahin aus, daß nach den Anträgen der Regierungsparteien verfahren werden könne. In ähnlicher Weise sei auch beim Zolltarif von 1902 verfahren worden. Dieses Verfahren sei geboten, weil die Abstimmung über sämtliche vorliegenden Anträge noch eine halbe Woche in Anspruch nehmen würde. Der Reichstag befände sich also in einer Notlage (Große Unruhe links).

Präsident **Loebe** erklärt, 1902 sei die Sachlage ganz anders gewesen. Da sei nicht über das Gesetz im ganzen, sondern nur über die Anlagen im ganzen abgestimmt worden.

Abg. **Müller**-Franken (S) bezeichnet die Anträge der Regierungsparteien als einen schnöden Mißbrauch der Mehrheit und als eine Verletzung aller parlamentarischen Grundsätze, wie sie noch niemals dagewesen seien.

Abg. **Koch**-Weser (D.) hält gleichfalls die Anträge der Regierungsparteien für unvereinbar mit der Geschäftsordnung. Es sei doch nicht zu viel verlangt, wenn über die Änderungsanträge ordnungsmäßig abgestimmt wird.

Abg. **Wels** (S.) erklärt, das Verhalten der Regierungsparteien sei die vollkommene Verleumdung der Demokratie und des Parlamentarismus. Die Bevölkerung werde es verstehen, wenn unter diesen Umständen die Sozialdemokraten sich an der Fertigstellung der Gesetze nicht weiter beteiligten, sondern die Regierungsparteien vor aller Welt die Verantwortung allein tragen lassen.

Nach dieser Erklärung verlassen sämtliche Sozialdemokraten, soweit sie nicht dem Büro angehören, den Saal.

Abg. **Koenen** (K.) verurteilt das Vorgehen der Regierungsparteien als brutale Vergewaltigung. Die Kommunisten klatschen Beifall und verlassen dann mit dem Rufe: „Nieder mit der Zollwuchermehrheit!" geschlossen den Saal.

Abg. von **Gräfe** (Völk.) hält es für berechtigt, wenn die Mehrheit von ihrer Macht gegen die Opposition Gebrauch macht. Es sei aber nicht zu rechtfertigen wenn auch die Abstimmung der völkischen Anträge abgelehnt würde.

Abg. **Fehrenbach** (Z.) sucht nachzuweisen, daß die Geschäftsordnung das Verfahren der Regierungsparteien zulasse. Das sollten auch die Sozialdemokraten einsehen und im Saale bleiben.

Abg. **Koch**-Weser (D.) bleibt dabei, daß das Vorgehen der Regierungsparteien schon bei den Steuervorlagen und noch mehr bei der Zollvorlage mit wahrem Parlamentarismus nichts zu tun habe. Die Demokraten würden sich nicht an der Abstimmung beteiligen.

Bei der **Abstimmung** über die Anträge erheben sich die Mitglieder der **Regierungsparteien** mit Ausnahme mehrerer Zentrumsabgeordneten.

Die **gesamte Zollvorlage** wird in der Gesamtabstimmung in **2. Beratung angenommen.**

Um 10.30 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die **dritte Beratung der Zollvorlage,** die Beratung verschiedener Handelsverträge und an 8. Stelle die 3. Beratung der Amnestievorlage.

*

WTB. **Berlin,** 13. August.

Der Beginn der Sitzung verzögert sich bis ¾11 Uhr, weil vorher eine Sitzung des Ältestenrates sich mit dem Arbeitsplan beschäftigt hatte.

Bei der Eröffnung der Sitzung sind die Plätze der Sozialdemokraten leer. Nur die Fraktionsvorsitzenden **Müller-Franken** und **Dittmann** sind erschienen.

Auf Vorschlag des Präsidenten **Loebe** wird der in der letzten Sitzung beschlossene parlamentarische **Untersuchungsausschuß** über die Zustände in der **Branntweinmonopolverwaltung** mit 21 Abgeordneten besetzt.

Auf der Tagesordnung steht die

dritte Beratung der Zollvorlage.

Von den Regierungsparteien ist ein Antrag eingegangen, **der** die Regierung zur Ratifizierung des deutsch-französischen **Saarbeckenabkommens** ermächtigen will.

Abg. **Müller**-Franken (Soz.) widerspricht der sofortigen Beratung, sodaß der Antrag nicht auf die heutige Tagesordnung gesetzt werden kann.

Nachdem auch die Sozialdemokraten **Dittmann** und **Müller**-Franken und die Kommunisten den Saal verlassen hatten, wurde **die Zollvorlage in dritter Lesung angenommen.**

Es folgt dann die Beratung der verschiedenen Handelsabkommen.

Dank des Reichspräsidenten

Der **Reichspräsident** empfing am Montag aus Anlaß der Verabschiedung der **Aufwertungs- und Steuergesetze** den Reichskanzler, die Reichsminister Schlieben, Frenken und die an der Vorbereitung und Durchführung dieser Gesetze beteiligten leitenden Beamten der Reichsressorts. Der Reichspräsident sprach den Erschienenen namens des Reichs Anerkennung und Dank aus für die große Arbeitsleistung und die besondere Mühewaltung, mit der sie diese schwierigen und wichtigen Gesetze bearbeitet haben. Wenn sie zwar nicht alle an sie geknüpften Wünsche erfüllen konnten, so sei er doch fest überzeugt, daß sie einen Fortschritt für Reich und Volk darstellten. Der **Reichskanzler** dankte dem Reichspräsidenten und gab die Versicherung ab, daß die Beamtenschaft des Reichs stets im alten Geiste der vollsten Pflichterfüllung und selbstloser Hingabe dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen bestrebt sein werde.

Wiener Operette im städt. Konzerthaus. Heute Mitwoch, 12. August, wird das Singspiel „Die Frühlingsfee" wiederholt. Für morgen, Donnerstag 13. August, wird die Erstaufführung der bekannten Operette **„Ein Walzertraum"** vorbereitet. Das Werk wird von Willi Stadler inszeniert und von Willi Seidl musikalisch geleitet.

BAUBUND-MÖBEL
HERVORRAGEND
IN FORM & GÜTE
kaufen Sie am besten beim
BAD. BAUBUND
G·M·B·H
KARLSRUHE
Karl-Friedrich-Strasse 22
am Rondellplatz
TÄGL. GEÖFFNET
VON 8½-12½ UND 2-6½ UHR

E.504

Bezirks-Sparkasse Heiligenberg (Baden)

Gegründet 1784.

Bilanz auf 31. Dezember 1924.

Vermögen.	RM	Pf
1. Verwaltungsgebäude	1	—
2. Sonstige Liegenschaften	1	—
3. Ausstehende Kapitalien:		
a) Hypotheken	1	—
b) Staats-, Städte- und Gemeindedarlehen	741	50
c) Liegenschaftskaufschillinge	1	—
d) Schuldschein-Darlehen an Private	98 987	20
e) Kontokorrent-Darlehen an Private	12 932	45
4. Einnahmerückstände	19 189	30
5. Inventar	1	—
6. Kassenvorrat Ende 1924	7 837	44
Summe Vermögen	139 692	89
Vergleichung.		
Vermögen	139 692	89
Schulden	135 751	24
Reinvermögen	3 941	65
Dieses betrug am 1. Januar 1924	53	84
Vermögensvermehrung	3 887	81

Schulden.	RM	Pf
1. Guthaben der Einleger	82 481	44
2. Sonstige Kapitalschulden	37 691	50
3. Ausgaberückstände	15 578	30
Summe Schulden	135 751	24
Der Reservefond hat nach § 12 des Sparkassengesetzes mindestens 5 % des Guthabens der Einleger — 82 481.44 RM. — zu betragen =	4 124	05
Derselbe beträgt — Reinvermögen —	3 941	65
Es fehlen somit an der gesetzlich vorgeschriebenen Höhe	182	40
Das Reinvermögen beträgt	3 941	65
Der Reservefond beträgt	3 941	65
Verfügbarer Überschuß	—	—

Heiligenberg (Baden), 23. April 1925.

Verwaltungsrat: Martin.

Verwaltung: Boll.

B.453

Wiener Operette im städtischen Konzerthaus
Morgen Donnerstag, 13. August, abends 7¾ Uhr
Zum ersten Male:
Ein Walzertraum
von Oskar Strauß
Billetts von M. 1.50—5.30 bei **F. Müller,** Kaiserstr., **Zigarren-Brunnert,** Kaiserallee, **Holzschuh,** Werderstraße 48, und an der Tageskasse. E.548
Freitag: Gräfin Mariza

Eheanbahnung Streng reell — Gegr. 1911
Frau Rosa Morasch, Karlsruhe
Kaiserstr. 64 III Teleph. 4239

Detektiv-Institut u. Privat-Auskunfte
„**Argus**" **Mannheim** O. 6. 6. Planken B.47 Fernspr. 3305
A. Maier & Co., G.m.b.H

Lederklappkamera
mit Doppel-Anastigmat 6,3 billig zu verkaufen
Hirschstraße 72
3. Stock.

Nutzholzverkauf.

Bad. Forstamt Huchenfeld in **Pforzheim** verkauft **freihändig** aus Staatswalddistrikten I., II., III., IV. und VII. etwa 1100 Fm. Nadelrundholz aller Klassen, darunter 31 Fm. Forlen, unter neuesten Zahlungsbedingungen vom 22. 12. 1924. Schriftliche Angebote in **ganzen** Prozenten der L. G. P. bis längstens **Montag, den 17. August, nachmittags 4 Uhr,** an das Forstamt (Geschäftszimmer Forststr. 1, Fernsprecher 2151 Pforzheim) erbeten. Vorzeiger: Oberforstwart von Au in Huchenfeld, die Forstwarte Kern in Hohenwart, Volkert in Neuhausen, Schucker und Martus in Büchenbronn. Losverzeichnisse durch das Forstamt. B.474

B.476. **Bruchsal.** Über die Firma **Georg Keßler, Zigarrenfabrik** in Bruchsal, wurde auf deren Antrag die Geschäftsaufsicht angeordnet. (§ 1 der Bekanntmachung über die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses.) Zur Geschäftsaufsichtsperson wurde Kaufmann Hans Buhlen hier bestellt.

Bruchsal, 5. August 1925.

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

B.475. **Bruchsal.** Über die Firma **Böser & Meier, Zigarrenfabrik** in Bruchsal, wurde auf deren Antrag die Geschäftsaufsicht angeordnet. (§ 1 der Bekanntmachung über die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses).

Zur Geschäftsaufsichtsperson wurde Bankdirektor Stier in Bruchsal ernannt.

Bruchsal, 6. August 1925.

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Gesellschaft für Spinnerei und Weberei Ettlingen (Baden).

Gemäß § 39 des Gesetzes über die Aufwertung von Hypotheken und anderen Ansprüchen (Aufwertungsgesetz) vom 16. Juli 1925 fordern wir hierdurch diejenigen Inhaber von Obligationen unserer Gesellschaft, welche die Vorrechte des Altbesitzes in Anspruch nehmen, auf, bis zum 19. September 1925 während der Geschäftsstunden ihre Ansprüche bei unserer Gesellschaft anzumelden. Die erforderlichen Beweismittel sind spätestens bis einschließlich 19. Oktober 1925 zugleich mit den Schuldverschreibungen bei uns einzureichen.

Ettlingen, den 10. August 1925. E.621

Der Vorstand: Paul J. Liebmann.

Stellen-Ausschreibung.

Die Stelle der **Vorsteherin der städtischen Frauenarbeitsschule** ist infolge Zuruhesetzung der bisherigen Inhaberin auf 1. Januar 1926 neu zu besetzen. Die planmäßige Stelle ist in Besoldungsgruppe IX der Stadtbesoldungsordnung eingereiht. E.623

Bedingungen: Prüfung als Handarbeitslehrerin mit erweiterter Vor- und Ausbildung, sowie Fähigkeiten zur Leitung der Schule, die zugleich Ausbildungsanstalt für Handarbeitslehrerinnen ist. Bewerbungen mit Nachweis über Bildungsgang, selbstverfaßtem und selbstgeschriebenem Lebenslauf, in welchem auch nähere Angaben über Schul- und Berufsausbildung, sowie seitherige praktische Tätigkeit und gesundheitliche Verhältnisse zu machen sind und Nachweisen über die abgelegten Prüfungen mit lückenlosen Dienstzeugnissen, sowie Leumundszeugnis sind spätestens bis **15. September 1925** an den Oberbürgermeister in Freiburg i. Br. einzureichen.

Persönliche Vorstellnng nur auf besondere Aufforderung.

Freiburg, den 8. August 1925.

Der Oberbürgermeister.

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigeblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamten-Vereinigungen

Nr. 32 — Bezug: Erscheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Goldpfennig für jede Ausgabe, monatlich für 60 Goldpfennig zuzüglich Porto vom Verlage Karlsruhe i. B., Karlfriedrichstraße 14, bezogen werden. — 12. August 1925

Reichstagsschluß und Beamtenschaft

□ In diesem Jahr tagte der Reichstag weit über den Zeitpunkt hinaus, an dem sonst die großen Sommerferien beginnen. Gesetzesvorlagen von großer Tragweite haben Ausschüsse und Plenum intensiv beschäftigt. Die große Frage der Innenpolitik, die **Zollvorlage,** hat seit langem die Vertreter der verschiedenen wirtschaftlichen Richtungen in all ihren Gegensätzen aufeinanderstoßen lassen. Das bedeutsame Werk der **Reform der Steuergesetzgebung** hielt das ganze Halbjahr über die Vertreter von Regierung und Parteien in langwierigen Sitzungen beisammen, bereitete doch gerade die Regelung des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern bis fast zur letzten Stunde große Schwierigkeiten. Gleichzeitig wurde die seit langem schwebende Lösung in Sachen der **Aufwertung** im Wege der Gesetzgebung, wenn auch unter Überwindung oder Zurückstellung vieler Bedenken, zur Verabschiedung gebracht. Durchweg handelte es sich bei der endgültigen Formulierung der zur Beratung stehenden Gesetze um schwerwiegende Entscheidungen. Begreiflicherweise mußten viele Anträge und Wünsche unter den widerstreitenden Interessen unberücksichtigt bleiben.

Für die **Beamtenschaft** gilt das zuletzt Gesagte in besonderem Maße. Ein gewisser Erfolg ihrer Bestrebungen darf zwar in dem Gesetz über die **Änderung der Personalabbau-Vorschriften** gebucht werden, das, wenn auch noch nicht die völlige Aufhebung dieser Vorschriften, so doch eine Reihe beachtlicher Milderungen gebracht hat. In Sachen der **Besoldung** dagegen kann von einer Verbesserung, wenn man die Ermächtigung, den Wohnungsgeldzuschuß auch nach Bedarf auf über 100 v. H. des s. Zt. festgesetzten Betrags zu erhöhen, als solche nicht ausdrücklich in Anspruch nehmen will, nicht berichtet werden. Weder eine Gesamtregelung, noch eine vorläufige oder Zwischenregulierung für die bedrängtesten Gruppen, noch eine einmalige Beihilfe konnte durchgesetzt werden. Dieses Ergebnis hat etwas Betrübendes an sich, wenn man ihm gegenüberstellt den Aufmarsch der zahlreichen Anträge aller Parteien zu Beginn dieses Jahres, die sich für eine Verbesserung der rechtlichen und wirtschaftlichen Not der Beamtenschaft einzusetzen gedachten, sowie die Darlegungen aus dem Munde des Reichsfinanzministers über die gegenwärtige Unmöglichkeit einer Erhöhung der Beamtenbezüge.

Wohl wurde von dem einen oder andern Abgeordneten noch versucht, dem schwachen Hoffnungsfünkchen, das in puncto Verbesserung der beamtenwirtschaftlichen Lage da und dort noch glimmte, ein Tröpfchen Öl zu reichen und so es vor dem gänzlichen Erlöschen zu bewahren; allein zu einem mächtigen Aufflackern dieser Flamme ist es im Verlaufe der letzten Verhandlungen im Beamten- und Haushaltsausschuß und auch im Plenum des Reichstags nicht mehr gekommen. Hat schon die Reichsregierung in der Besoldungsfrage eine durchaus unzweideutige Haltung von vornherein eingenommen und den ganzen Sommer über durchgehalten unter Hinweis auf die derzeitige Wirtschaftslage, so war ebenso deutlich aus zahlreichen Pressestimmen die Bearbeitung der öffentlichen Meinung in der Richtung zu erkennen, eine Gesundung unserer Wirtschaftlichen Verhältnisse sei nur durch Haltung der Löhne etwa auf dem gegenwärtigen Niveau zu erwarten.

Wohl liegt in solch formulierter Forderung eine bittere Wahrheit; diese Pille zu verdauen, würde auch gelingen, wenn die Preissteigerungen auf dem Lebensmittelmarkt nicht wieder den letzten Rest von Vertrauen dazu zerstörten, es kämen die niedriggehaltenen Löhne wirklich dem ehrlichen Streben nach einem Preisabbau zugute. Es bleibt für den, der mit Kreisen der niedrigbezahlten Beamten, Angestellten und Arbeiter in Fühlung ist, nicht verborgen, in welchem Umfang sich hier ein **rapid fortschreitender wirtschaftlicher Verfall** einer großen Masse von Staatsangestellten vollzieht. Hier helfend entgegenzuwirken, dazu bedarf es schließlich doch einer **Tat** und nicht allein der Versicherung, die Sorge um die wirtschaftliche Besserstellung bilde einen Gegenstand **„dauernder Fürsorge"** oder der Verkündung, die Preissenkungsbestrebungen hätten in letzter Zeit offensichtlich zu gewissen günstigen Aussichten geführt.

Die Reichstagsabgeordneten begaben sich dieser Tage in die Ferien. Eine Ausspannung nach solch anstrengender „Kampagne", wie sie diesen Sommer von ihnen durchzumachen war, ist, rein vom Gesundheitsstandpunkt gesehen, am Platze. Neue Kräfte gilt es, allenthalben in den Ferientagen zu sammeln, um im Herbst und Winter die ungelösten Fragen wiederum in Angriff nehmen zu können, und das, was der Augenblick der Beamtenschaft versagen zu müssen geglaubt hat, nach Eintritt günstigerer Verhältnisse durchzuführen, zur Beruhigung dieser Berufsgruppen und zur Sicherung der Grundlagen ihres staatserhaltenden Wirkens.

Teuerung, Zwischenhandel und Verbraucher

Angesichts der Entwicklung der Preisverhältnisse wird in der letzten Zeit wieder mehr nach den Ursachen der Preissteigerungen gefragt. Nicht wenige der Händler begründen sie dem Publikum gegenüber schlankweg mit dem Hinweis auf die bevorstehenden Zölle. Der Konsument nimmt diese Erklärung meist kritiklos entgegen und schiebt die Schuld der Regierung oder dem Reichstag in Bausch und Bogen zu; auch die Landwirtschaft bekommt dabei oft, wenn auch mit Unrecht, ihr Teil ab.

Aus den Marktberichten und Statistiken der zuständigen Stellen ist aber zu entnehmen, daß die große Masse der Landwirtschaft auch heute für ihre Produkte, besonders Vieh und Fleisch, im Durchschnitt kaum die Vorkriegspreise erhält. Muß aber der Verbraucher für seine Lebensmittel den doppelten oder dreifachen Preis bezahlen, so ist der Grund hierfür nicht in den Zöllen und auch nicht in dem Profitstreben der Landwirtschaft, sondern in der ungerechtfertigt hohen Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis, also beim Zwischenhandel zu suchen. Es ist zur Genüge bekannt, daß die Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit es mit sich gebracht haben, die Zahl der Händler weit über den gesunden Bedarf zu vermehren. Freilich kommen dazu die hohen Lasten des Handels.

Es ist deshalb an der Zeit, daß sich die Verbraucher immer mehr über die tieferen Zusammenhänge auf dem Lebensmittelmarkt klar werden und Preiskalkulationen, die ungerechtfertigte Verdienste des Zwischenhandels in sich schließen, entgegentreten. Bekanntlich werden alle auf Preisabbau gerichteten Maßnahmen von Regierungen und Behörden nur zu oft durch allerlei Schachzüge der Betroffenen durchkreuzt und in ihren Wirkungen ausgeschaltet. Deshalb müssen die Verbraucher selbst nach dem Rechten sehen, eine gewisse Zurückhaltung durch Vermeidung überflüssiger Einkäufe üben und durch Bevorzugung billigerer Geschäfte den Preisstillstand herbeizuführen trachten; dazu gehört weiter, daß die Hausfrauen nicht jeden geforderten Preis zahlen, sondern unter den Geschäften Umschau halten und die Preise vergleichen, ehe sie kaufen.

Bei den heute bestehenden Preisen hat der Handel wenig Grund, selbst bei einer nur ganz geringen Erhöhung des Erzeugerpreises durch die Zölle auch die Kleinhandelspreise zu erhöhen und die Zahlen in potenzierter Form auf die Verbraucher abzuwälzen.

Tagung des Reichsverbands der akademischen Finanzbeamten in Würzburg

Abweichend von der bisherigen Übung fand die Tagung des obengenannten Verbandes dieses Jahr nicht in Berlin, sondern in Würzburg statt. Dies einmal aus dem Grunde, weil sich inzwischen die süddeutschen Verbände von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen dem Reichsverband angeschlossen haben und weil der Besuch der norddeutschen Kollegen in Würzburg die Einheit und Geschlossenheit des Verbandes sowie auch zum Ausdruck bringen sollte, daß man nicht nur Reichsbeamter sei, sondern sich auch als solcher fühle.

Die außerordentlich liebenswürdige und wohltuende Gastfreundschaft der Würzburger Kollegen war geeignet, mit ihren heiteren, der Geselligkeit gewidmeten Abenden die anstrengenden und belastenden Stunden der Tagung angenehm auszugleichen. Von besonderem Eindruck auf alle Teilnehmer war die bedeutsame **Eröffnungsrede** des Herrn **Chef-Präsidenten des Landesfinanzamts,** Exzellenz **von Dandl,** der die Mitgliederversammlung im Sitzungssaal des Landesfinanzamts als Vertreter des Reichsfinanzministers und als Hausherr begrüßte. Unter anderm hob er darauf ab, das Wort **„Beamtenorganisation"** habe wohl für jeden, der in der alten Beamtentradition aufgewachsen und großgezogen ist, im allgemeinen etwas Befremdendes, **besonders dann, wenn es sich um eine Organisation akademisch vorgebildeter Beamten handelt.** Es wäre aber eine Verkennung der Zeitläufe und der gesamten Entwicklung unseres politischen, innerstaatlichen und wirtschaftlichen Lebens, wollte man aus solchen Vorteilen eine grundsätzlich ablehnende Stellung ableiten. Von der materiellen Seite aus gesehen, stünden die akademischen Finanzbeamten heute in **einer Abwehrstellung** gegenüber anderen, zahlenmäßig überlegenen Verbänden. Der Schwerpunkt ihrer Sorge liege augenblicklich weniger in der Neuregelung der Besoldungsordnung, als vielmehr auf dem Gebiete des Vorrückungswesens, wobei namentlich in Süddeutschland die Finanzbeamten der Gruppen X und XI vor wenig trostreichen Zukunftsaussichten stünden. Neben der Sorge für das Materielle habe der Verband aber nicht zurückgestellt die **ideellen Aufgaben.** Sie bestehen darin, aus der Summe der Erfahrungen des praktischen Vollzugs Anregungen für den weiteren Ausbau der Reichsfinanzverwaltung auf organisatorischem, auf steuerrechtlichem, steuertechnischem und finanzpolitischem Gebiete zu geben.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen und Vorträge stand das Referat des Regierungsrats Dr. **Hoffmann** über: **„Stellung und Tätigkeit der Regierungsräte bei den Finanzämtern unter besonderer Berücksichtigung der Steuerreform.** Einen breiten Raum nahm naturgemäß die **Beförderungsfrage** in der Reichsfinanzverwaltung ein. Die Beförderung stockt auf der ganzen Linie. Der Nachwuchs ist gefährdet. Die Besten machen sich, wenn sie können, zur Abwanderung bereit. Eine Besserung kann die Reichsfinanzverwaltung in absehbarer Zeit nicht in Aussicht stellen. — In der **Titelfrage** wurde der Standpunkt vertreten, den tüchtigen, zur Beförderung heranstehenden und nach jeder Richtung qualifizierten Beamten wenigstens die äußere und ideelle Anerkennung und Gleichstellung mit glücklicheren Kollegen zu gewähren und dadurch ihnen einen Anreiz und ein Ziel vor Augen zu rücken.

Wegen des **Aufstiegs der mittleren Beamten** zu Regierungsräten wurde festgestellt, daß es sich weniger um einen Kampf um Stellen, um Beförderungen, handle, als darum, die **sachlichen Belange** der Reichsfinanzverwaltung in den Händen von Beamten mit umfassender, allgemeiner, gesellschaftlicher, abgeschlossener, akademisch-juristischer, -volkswirtschaftlicher, -staatspolitischer Vorbildung und natürlich auch mit eingehenden Fachkenntnissen versehenen Beamten am besten aufgehoben zu sehen.

Als Ort der nächsten Tagung wurde **Dresden** bestimmt.

Was der Beamte für Familie u. Haushalt benötigt

Schuhe für jeden Bedarf
Schuhhaus Ammann
KARLSRUHE 405
Lammstr. 12 Lammstr. 12
Billig und reell

Karlsruher Lebensversicherungsbank A.-G.
Unsere Vertreter vermitteln alle Arten Versicherungen.
382

Nur noch Philippstr. 19
(Keinen Laden mehr)
ist das seit 25 Jahren bestehende
Möbel- u. Betten-Haus Heinrich Karrer
Straßenbahnlinie 1 und 2
Eigene Schreinerei und Polsterwerkstätte
Kein Laden —— daher billige Preise
Große Auswahl in Qualitätsmöbel aller Art
Zahlungs-Erleichterung
Bitte genau auf die Firma zu achten
Karlsruhe - Mühlburg
468

Möbel
Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
einzelne Möbelstücke
CA.389
in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus
Maier Weinheimer
Karlsruhe Zahlungserleichterung. Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise

Für nur 20 M. Anzahlung
und wöchentliche Rate von 4 M. bekommen Sie ein stabiles **Damen- oder Herrenfahrrad** mit 2 Jahre Garantie. Die **Räder werden bei Anzahlung sofort ausgehändigt.** Sämtliche Ersatzteile wie: **Mäntel, Schläuche, Pedale, Ketten usw.** staunend billig. Reparaturen werden gut und billig ausgeführt 469
Fahrrad - Kunzmann, Zähringerstr. 46

Kunsthandlung Wandschmuck
für jeden Geschmack in reichster Auswahl
MOOS
KAISERSTR. Nr. 187 Eigene Werkstätte für
TELEPHON Nr. 994 Einrahmungen 406

A. KIEMLE
Frühlingstraße 13 KARLSRUHE Telephon 2354
Klubmöbel-Fabrik
Spezialität: 459
Klubfauteuils u. Sofas in sämtl. Leder- u. Stoffarten, Schreibstühle und Speisezimmerstühle
Stets Neuheiten. Bequeme Teilzahlung. Eigene Entwürfe

Spenglers Geschichts-Philosophie
Eine Kritik
Von
Prof. Dr. KARL SCHÜCK
Preis M. —.75
Verlag G. Braun, Karlsruhe i. B.

Druck G. Braun Karlsruhe.